






## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

30.11.05

## **Maßnahmen gegen Maut-Flucht im Kreis Pinneberg energisch vorantreiben! Was wird aus Kummerfeld?**

Wird die Mautflucht im Kreis Pinneberg am Ende aus formalen Gründen unterschiedlich behandelt und gucken die vom Lärm betroffenen Bürger in der Gemeinde Kummerfeld dabei in die Röhre? Diese Frage bewegt den Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann angesichts der jüngsten Überlegungen um die LKW-Maut neben den Autobahnen. Der kürzliche Mautgipfel in Bönningstedt hatte bekanntlich zum Ergebnis, dass sowohl für die B 4 im Bereich Hasloh-Quickborn - Parallelstraße zur A7 - wie für die Kreisstraße 21 in Kummerfeld als Parallelstraße zur A 23 ein erheblicher Mehrverkehr von LKWs festgestellt wurde. Experten gehen hierbei von einer Mehrbelastung von rund 30 % aus. Auch Hamburg hatte durch seinen Stadtentwicklungs-

senator Michael Freytag kürzlich festgestellt, dass ein besonders starker Zuwachs an mautpflichtigen LKWs ab 12 t auf der B 4 im Hamburger Bereich zu verzeichnen ist und nördlich der Landesgrenze sogar ein Zuwachs um 50 % eingetreten sein soll. Der Kreis Pinneberger Abgeordnete begrüßt deshalb nachdrücklich, dass offensichtlich nicht nur die betroffenen Bürger und die Gemeinden, sondern auch Hamburg und möglicherweise auch Schleswig-Holstein energisch darauf dringen, dass die betroffenen Abschnitte der B 4 ab 2006 in das LKW-Maut-System einbezogen werden. Rossmann: „Was für die B4 eine Lösung sein kann, erscheint zum jetzigen Zeitpunkt für die Kreisstraße 21 in Kummerfeld noch ein Problem zu werden, denn die Ausdehnung der LKW-Maut ist nach der bisherigen Gesetzeslage nur für Bundesstraßenabschnitte möglich. Eine solche Ungleichbehandlung kann aber nicht hingenommen werden.“ Der Abgeordnete hat deshalb die zuständigen Stellen in Berlin und Kiel angeschrieben und auf dieses Dilemma aufmerksam gemacht. Rossmann: „Wir brauchen eine klare Regelung, die sich nicht nach dem Status der Straßen, sondern nach der Betroffenheit durch die Mautflucht und die Ausweichverkehre richtet. Der Abgeordnete fordert hierzu eine Gesetzeserweiterung.

Wie schwer es ist, bei den Behörden Entlastungen für Straßenanlieger und betroffene Gemeinden zu erreichen, zeigt sich für Rossmann gerade am Beispiel Kummerfeld. Die Forderung, die Müllverwertungsanlage Ahrenlohe über den Rastplatz Oha anfahren zu dürfen, ist von den

Behörden aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt worden. Auch die Straßenverkehrsordnung soll von den Kreisbehörden nicht in Anspruch genommen werden, weil angeblich die Gefahrenlage nicht ausreicht. Als kleine Erleichterung ist bisher zu verzeichnen, dass die GAB die Anweisung an ihre Müllfahrzeuge gegeben hat, die Müllverwertungsanlage nur noch vom Norden her über Tornesch und nicht vom Süden her anzufahren. Rossmann: „Diese Minimallösungen können aber nicht überzeugen. Wir brauchen ein einfaches und effektives System, nämlich die LKW-Maut auch auf hoch belasteten Straßen mit niedrigerem Status.“